

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 573. **Zweite Ausgabe** **Freitag, 6. Dezember 1912.** Jahrgang 205.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Schulze Straße Nr. 61/62. Telefon 8108 u. 8109; Redaktions-Telephon 8110. Oberpostdirektor L. S.: Fritz Müller, Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin: Hamburger Straße 30. Telefon Nr. 4011. Druck und Verlag von Carl Ziehe in Halle a. S.

Vor den Friedensverhandlungen.

Deutscher Reichstag.

An den Friedensverhandlungen, die beauftragt am 13. Dezember in London beginnen sollen, werden die Griechen teilnehmend, obwohl sie sich bis jetzt nicht zu einer Unterzeichnung des Waffenstillstandes verstehen konnten. Zu diesen Verhandlungen gehen die Türken mit der Hoffnung, fast alles zu behalten, die Balkanstaaten in der Zukunft, fast alles zu bekommen. Nach einer Londoner Quelle will die Türkei folgende Vorkläufe haben: Die Türkei behält Adrianopel, die Gallipoli Halbinsel, die Dardanellen, Griechenland bekommt einen Teil von Epirus, Serbien Montenegro und einen Teil von Alt-Serbien. Bulgarien soll in Thracien ein Gebiet von Midia bis nach Kavala und Debragatsch, ferner ein Gebiet an den Ufern der Mariza erhalten. Albanien und Mazedonien werden autonome Staaten, in denen die mohammedanische Bevölkerung besondere Vorrechte zuerkannt erhalten soll. Beide Staaten werden dem Balkanbündnis unterstellt. Die Türkei wird nach erfolgtem Friedensschluss in den Balkanbund einreten. Ob eine solche „Aufteilung“ der Türkei nicht große Schwierigkeiten machen wird, steht noch dahin; jedenfalls sind die Türken sehr gefaschelte Unterhändler und werden Vorteile herauszufischen, wo möglich. Vom österreichisch-serbischen „Kriegsaktionsplan“ liest nichts Neues vor.

Keine Abwertung Hartwig?
Ueber die von der „Neuen Freien Presse“ gemeldete bevorstehende Abwertung des russischen Geldes Hartwig in Belgrad ist in unterrichteten Kreisen nichts bekannt. Die Wichtigkeit der Meldung wird daher bezweifelt. Ebenfalls bestätigt es sich nicht, daß Konrad Prochaska und Konrad Ebel gemeinsam die Reise nach Belgien angetreten haben. Konrad Ebel ist vielmehr allein nach Belgien gereist.

Die „Aera Caprivi“.
Es ist kürzlich eine statistische Zusammenstellung veröffentlicht, durch welche der Segen der „Aera Caprivi“ für die Landwirtschaft im Vergleich zu der neueren deutschen Wirtschaftspolitik nachgewiesen werden sollte. Es wurde behauptet, gerade für die Vermehrung der Bodenenergie sei die Zeit von 1894 bis 1906 entscheidend gewesen. Als Beweis dafür sollte die Steigerung des Ertrages pro Hektar bei Weizen, Roggen und Hafer von 1891 auf 1906 dienen.

Nach den Balkanstillstands-Verhandlungen.
Der bulgarische Ministerpräsident Geshoff ist trotz der bestehenden ersten Differenzen bemüht, Griechenland von seiner oppositionellen Haltung abzurufen, um wenigstens formell einen gemeinschaftlichen Eintritt der vier Verbündeten in die Friedensverhandlungen zu ermöglichen.
In türkischen politischen Kreisen betrachtet man den Waffenstillstand als einen Erfolg. Gegen die griechische Regierung ist man sehr erregt und bereit, den Krieg gegen Griechenland fortzusetzen. In politischen Kreisen sieht man sogar schon eine Ausweitung sämtlicher in der Türkei lebenden Griechen in Betracht. Nachdruck wird auch angenommen, daß infolge der Haltung Griechenlands bei den Waffenstillstandsverhandlungen ein Zwiespalt zwischen den Verbündeten ausgebrochen ist, oder eine andere Version findet mehr Glauben, wonach Griechenland im Einverständnis mit Bulgarien gehandelt habe, um die Pläne der Dardanellen zu durchkreuzen während der Friedensverhandlungen fortgesetzt zu können.
Die türkische „Tribuna“ schreibt: Die Hartnäckigkeit, mit der Griechenland gegen Ballona vorgeht, macht einen ungünstigen Eindruck auf die öffentliche Meinung Italiens, welche, da sie die große Wichtigkeit der Sache kennt, über die albanische Frage mit der Regierung vollständig eines Sinnes ist. Außerdem wissen wir, daß jeden Augenblick, wenn es nicht vielleicht bereits erfolgt ist, der italienische und der österreichisch-ungarische Gesandte in Athen die Mitteilung machen werden, daß Italien und Österreich-Ungarn niemals und unter keinen Umständen gestatten werden, daß Ballona oder die Halbinsel des Kapo Pinigetta und die Insel Selenio von irgend einer Macht besetzt und in eine Provinz oder militärischen Stützpunkt umgewandelt werden. Diese Ermahnung wird in der Form freundschafter Courtoisie, aber zugleich in entscheidender Form abgegeben werden.

Serbien beruft alle Waffenstillstände ein.
In London aus Sofia eingetroffene Telegramme besagen, daß in gutunterrichteten Kreisen ein Gerücht zirkuliert, wonach die serbische Regierung gestern abend in einem Dekret sämtliche noch waffenfähige Männer unter die Fahnen berufen hat.
In bulgarischer Gesandtschaft.
Der gefangene türkische General Daberkah ist mit seinem Stabe in Sofia eingetroffen und hat im Offiziersklub Wohnung genommen.
Der serbische Kronprinz in Westfl.
Kronprinz Alexander ist mit dem ganzen Armeeoberkommando als Solonit in Westfl. eingetroffen.
Die Spannung zwischen Österreich und Serbien.
Nach einer Pariser Depesche hat Herr Poincaré die Minister damit beauftragt, daß er erklärte, zwischen Berlin und Wien liege bestimmte geheime Abmachungen getroffen in bezug auf das von Österreich gegenüber Serbien einzuhaltenes Programm. Diese Aufstellung ist, wie die „Frankf.“ meldet, unrichtig, denn es liegen keinerlei geheime Abmachungen vor. Deutschland hat ganz offen erklärt, daß es mit Österreich und Italien gemeinsam die Autonomie für Albanien verleihe und die Belohnung albanischen Gebietes durch Serbien und Montenegro nicht anerkenne. Das im übrigen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn die enge Fühlung besteht, bedarf keines Hinweis, und wenig Deutschland sich veranlaßt sehen sollte, Österreich zur Willigung zu ermahnen, so brauchte es dazu keinen besonderen Apparat; aber Deutschland hat dazu überhaupt keinen Anlaß, denn die österreichische Politik ist bis über die Grenzen hinaus, an der schon die inneren und äußeren Folgen seiner Gebuld fühlbar werden, durchaus friedlich. Als Beweis dessen sei noch angeführt, daß Österreich-Ungarn sich wirklich im Besitze des Berichtes über die

völkerrechtswidrige Behandlung seiner Konfuln ist und den Serben noch Zeit läßt, sich auf eine Requisition einzurichten, bevor öffentliche Vertreibungen erhoben werden. Einer Meldung des Pariser „Matin“ zufolge hat Österreich-Ungarn sich entschlossen, der europäischen Diplomatie die Entscheidung über jene Streitfragen mit Serbien zu überlassen und die Großmacht aufzufordern, an der Lösung der austro-serbischen Krise mitzuwirken. Dieser Entschluß, so schreibt der „Matin“, räumt jede Konfliktgefahr aus dem Wege, und es ist nicht mehr daran zu denken, daß der österreichisch-serbische Streit, den Frieden Europas stören könne.
Die „Aera Caprivi“.
Es ist kürzlich eine statistische Zusammenstellung veröffentlicht, durch welche der Segen der „Aera Caprivi“ für die Landwirtschaft im Vergleich zu der neueren deutschen Wirtschaftspolitik nachgewiesen werden sollte. Es wurde behauptet, gerade für die Vermehrung der Bodenenergie sei die Zeit von 1894 bis 1906 entscheidend gewesen. Als Beweis dafür sollte die Steigerung des Ertrages pro Hektar bei Weizen, Roggen und Hafer von 1891 auf 1906 dienen.

Am eintritt des Reichstages Dr. v. Bethmann Hollweg, die Staatssekretäre Dr. Helfrich, v. Tirpitz, v. Deeringer, Mühl, Kraetz, Dr. Fischer, Dr. Zoff, Präsident des Reichsgerichtsrats Baderganz und preussischer Kultusminister Dr. v. Zoltz zu Solz. Zweiter Vizepräsident Dose eröffnete die Sitzung nach 1 1/2 Uhr.
Vizepräsident (Deutschland), Vertreter für den Wahlkreis 1 Köslin (Zollp.-Lauenburg) ist gestern abend in seiner Heimat angekommen. Das Haus erhielt sein Andenken in der üblichen Weise.
Die Generalabstimmung des Reichshaushaltssetats für 1913 wurde fortgesetzt.
Vizepräsident (Niederrhein) Kleine politische Freunde bebaueten es außerordentlich, daß vom Herrn Abg. Spahn gegen eine beratende Erklärung vorgelesen worden ist, aus der man entnehmen mußte, daß eine Fortsetzung des Kulturkampfes beabsichtigt ist. Das will niemand, auch wir nicht, und ganz besonders nicht in der jetzigen Zeit. Das Zentrum will keine konfessionelle Partei sein, sondern eine nationale. Der Redner und Führer des Zentrums hat hier gestern eine Rede gehalten, worin sein Wort vom Staat gelagert wurde, und die alle anderen Interessen hinter dieser rein konfessionellen Frage zurückstellen ließ. Ich will nicht hoffen, daß das Zentrum seine Worte wahrhaftig und daß es zum Konflikt kommt. Der Reichstagsrat hat Recht, wenn er sagt, das Parlament ist in letzter Zeit in einer Form ausgeübt worden, daß es nicht als eine Verletzung der Gesetze des katholischen Reiches angesehen werden kann. Er deutete sogar an, daß die Regierung das tiefste Friedensfaßer monatelang ein Auge zugebunden hat. Auch jene Partei hat darüber ihr Mißfallen ausgedrückt. Das der Bundesrat entschieden hat, ist keine Verletzung des Gesetzes. Der Kanzler hat auch mit Recht darauf hingewiesen, daß auch auf die religiösen Gesetze der 40 Millionen Protestanten in Deutschland Rücksicht genommen werden muß. Dazu kommen noch andere Dinge, die nicht geeignet sind, die Verhältnisse der Evangelischen zu verschärfen, die verschiedenen Konflikte der letzten Zeit, die Vorwände-Engländer und die über die Gewerkschaften. Wenn dagegen Bedenken auftauchen, daß Jesuiten über wissenschaftliche Fragen in den Kirchen Vorzüge bieten, so liegt doch der Verdacht nahe, daß leicht auch religiöse Fragen zu behandelt werden. Wir hoffen, daß der gesamte politische Sinn des Zentrums es verhindern, die angebotenen Konsequenzen zu ziehen, und daß der nationale Gedanke die Oberhand behält. Betrachten wir nun den Etat, dann finden wir, daß er von dem vorigen nicht allzuweit abweicht. Identisch ist immer noch der niedrige Standpunkt unserer Staatsanleihen. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß mit Ausnahme von Italien die Staatspapiere aller modernen Kulturstaaten in den letzten Jahren fast gesunken sind. Wenn der Staatssekretär fortführt, die Reichsanleihen so zu stellen, daß keine neuen Schulden gemacht werden, dann wird sich auch der Reichscredit wieder heben; wenn er aber gelagert hat, es dürfen unter keinen Umständen Ausgaben ohne vorherige Deckung gemacht werden, so meine ich doch, daß es sehr schätzenswert ist, wenn man diesen Grundsatze nicht so ohne weiteres durchzuführen kann. Wir sehen wieder, daß eine Reihe von Einnahmen fertig vorliegt in den Etat einstellt sind. Wir können danach ruhig a. A. Ausgaben für die Landesverteidigung bewilligen, ohne daß die Deckung offensichtlich vorhanden ist. Auch möchte ich nicht denen Recht geben, die eine Zurückhaltung deutschen Geldes vom ausländischen Kapitalmarkt empfehlen. Die Erfahrungen, die ich selbst auf meiner Studienreise gemacht habe, führen den Nachweis, wie gewaltig die deutschen Interessen in den Ländern wachsen und wie groß der deutsche Einfluß ist dadurch, daß deutsches Kapital und deutsche Arbeitskraft dort in hervorragendem Maße tätig sind. Die Wiederentdeckung der Schmarzengasse wird von uns aus höchstheile unterstellt werden. Die Erhöhung der Verleihenbesätze muß freudig begrüßt werden. Die Kolonien werden sich in einer gebundenen Entwicklung. An Klaustrich sollten wir für Langtat lieber etwas reichere Zuschüsse bewilligen. Ich habe diese Kolonie mit eigenen Augen gesehen und einen unvorstelligen Eindruck davon bekommen, wir können auf das dort Geschaffene stolz sein. Der Abg. Frank hat nicht Unrecht gesagt, wenn er davon sprach, daß über Verwaltung und Rechtsprechung gegenüber dem Arbeiter das Selbstempfinden verlernt wird. Wenn längere Frauen ins Gefängnis geworfen werden, das ist sehr bedauerlich, das ist sehr Unrecht, das ist ein Zeichen der Unfähigkeit. Von einer verfassungsmäßigen Veranlassung und Rechtsprechung wird hier der Wandel zum Besseren erwartet werden müssen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Am eintritt des Reichstages Dr. v. Bethmann Hollweg, die Staatssekretäre Dr. Helfrich, v. Tirpitz, v. Deeringer, Mühl, Kraetz, Dr. Fischer, Dr. Zoff, Präsident des Reichsgerichtsrats Baderganz und preussischer Kultusminister Dr. v. Zoltz zu Solz. Zweiter Vizepräsident Dose eröffnete die Sitzung nach 1 1/2 Uhr.
Vizepräsident (Deutschland), Vertreter für den Wahlkreis 1 Köslin (Zollp.-Lauenburg) ist gestern abend in seiner Heimat angekommen. Das Haus erhielt sein Andenken in der üblichen Weise.
Die Generalabstimmung des Reichshaushaltssetats für 1913 wurde fortgesetzt.
Vizepräsident (Niederrhein) Kleine politische Freunde bebaueten es außerordentlich, daß vom Herrn Abg. Spahn gegen eine beratende Erklärung vorgelesen worden ist, aus der man entnehmen mußte, daß eine Fortsetzung des Kulturkampfes beabsichtigt ist. Das will niemand, auch wir nicht, und ganz besonders nicht in der jetzigen Zeit. Das Zentrum will keine konfessionelle Partei sein, sondern eine nationale. Der Redner und Führer des Zentrums hat hier gestern eine Rede gehalten, worin sein Wort vom Staat gelagert wurde, und die alle anderen Interessen hinter dieser rein konfessionellen Frage zurückstellen ließ. Ich will nicht hoffen, daß das Zentrum seine Worte wahrhaftig und daß es zum Konflikt kommt. Der Reichstagsrat hat Recht, wenn er sagt, das Parlament ist in letzter Zeit in einer Form ausgeübt worden, daß es nicht als eine Verletzung der Gesetze des katholischen Reiches angesehen werden kann. Er deutete sogar an, daß die Regierung das tiefste Friedensfaßer monatelang ein Auge zugebunden hat. Auch jene Partei hat darüber ihr Mißfallen ausgedrückt. Das der Bundesrat entschieden hat, ist keine Verletzung des Gesetzes. Der Kanzler hat auch mit Recht darauf hingewiesen, daß auch auf die religiösen Gesetze der 40 Millionen Protestanten in Deutschland Rücksicht genommen werden muß. Dazu kommen noch andere Dinge, die nicht geeignet sind, die Verhältnisse der Evangelischen zu verschärfen, die verschiedenen Konflikte der letzten Zeit, die Vorwände-Engländer und die über die Gewerkschaften. Wenn dagegen Bedenken auftauchen, daß Jesuiten über wissenschaftliche Fragen in den Kirchen Vorzüge bieten, so liegt doch der Verdacht nahe, daß leicht auch religiöse Fragen zu behandelt werden. Wir hoffen, daß der gesamte politische Sinn des Zentrums es verhindern, die angebotenen Konsequenzen zu ziehen, und daß der nationale Gedanke die Oberhand behält. Betrachten wir nun den Etat, dann finden wir, daß er von dem vorigen nicht allzuweit abweicht. Identisch ist immer noch der niedrige Standpunkt unserer Staatsanleihen. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß mit Ausnahme von Italien die Staatspapiere aller modernen Kulturstaaten in den letzten Jahren fast gesunken sind. Wenn der Staatssekretär fortführt, die Reichsanleihen so zu stellen, daß keine neuen Schulden gemacht werden, dann wird sich auch der Reichscredit wieder heben; wenn er aber gelagert hat, es dürfen unter keinen Umständen Ausgaben ohne vorherige Deckung gemacht werden, so meine ich doch, daß es sehr schätzenswert ist, wenn man diesen Grundsatze nicht so ohne weiteres durchzuführen kann. Wir sehen wieder, daß eine Reihe von Einnahmen fertig vorliegt in den Etat einstellt sind. Wir können danach ruhig a. A. Ausgaben für die Landesverteidigung bewilligen, ohne daß die Deckung offensichtlich vorhanden ist. Auch möchte ich nicht denen Recht geben, die eine Zurückhaltung deutschen Geldes vom ausländischen Kapitalmarkt empfehlen. Die Erfahrungen, die ich selbst auf meiner Studienreise gemacht habe, führen den Nachweis, wie gewaltig die deutschen Interessen in den Ländern wachsen und wie groß der deutsche Einfluß ist dadurch, daß deutsches Kapital und deutsche Arbeitskraft dort in hervorragendem Maße tätig sind. Die Wiederentdeckung der Schmarzengasse wird von uns aus höchstheile unterstellt werden. Die Erhöhung der Verleihenbesätze muß freudig begrüßt werden. Die Kolonien werden sich in einer gebundenen Entwicklung. An Klaustrich sollten wir für Langtat lieber etwas reichere Zuschüsse bewilligen. Ich habe diese Kolonie mit eigenen Augen gesehen und einen unvorstelligen Eindruck davon bekommen, wir können auf das dort Geschaffene stolz sein. Der Abg. Frank hat nicht Unrecht gesagt, wenn er davon sprach, daß über Verwaltung und Rechtsprechung gegenüber dem Arbeiter das Selbstempfinden verlernt wird. Wenn längere Frauen ins Gefängnis geworfen werden, das ist sehr bedauerlich, das ist sehr Unrecht, das ist ein Zeichen der Unfähigkeit. Von einer verfassungsmäßigen Veranlassung und Rechtsprechung wird hier der Wandel zum Besseren erwartet werden müssen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Am eintritt des Reichstages Dr. v. Bethmann Hollweg, die Staatssekretäre Dr. Helfrich, v. Tirpitz, v. Deeringer, Mühl, Kraetz, Dr. Fischer, Dr. Zoff, Präsident des Reichsgerichtsrats Baderganz und preussischer Kultusminister Dr. v. Zoltz zu Solz. Zweiter Vizepräsident Dose eröffnete die Sitzung nach 1 1/2 Uhr.
Vizepräsident (Deutschland), Vertreter für den Wahlkreis 1 Köslin (Zollp.-Lauenburg) ist gestern abend in seiner Heimat angekommen. Das Haus erhielt sein Andenken in der üblichen Weise.
Die Generalabstimmung des Reichshaushaltssetats für 1913 wurde fortgesetzt.
Vizepräsident (Niederrhein) Kleine politische Freunde bebaueten es außerordentlich, daß vom Herrn Abg. Spahn gegen eine beratende Erklärung vorgelesen worden ist, aus der man entnehmen mußte, daß eine Fortsetzung des Kulturkampfes beabsichtigt ist. Das will niemand, auch wir nicht, und ganz besonders nicht in der jetzigen Zeit. Das Zentrum will keine konfessionelle Partei sein, sondern eine nationale. Der Redner und Führer des Zentrums hat hier gestern eine Rede gehalten, worin sein Wort vom Staat gelagert wurde, und die alle anderen Interessen hinter dieser rein konfessionellen Frage zurückstellen ließ. Ich will nicht hoffen, daß das Zentrum seine Worte wahrhaftig und daß es zum Konflikt kommt. Der Reichstagsrat hat Recht, wenn er sagt, das Parlament ist in letzter Zeit in einer Form ausgeübt worden, daß es nicht als eine Verletzung der Gesetze des katholischen Reiches angesehen werden kann. Er deutete sogar an, daß die Regierung das tiefste Friedensfaßer monatelang ein Auge zugebunden hat. Auch jene Partei hat darüber ihr Mißfallen ausgedrückt. Das der Bundesrat entschieden hat, ist keine Verletzung des Gesetzes. Der Kanzler hat auch mit Recht darauf hingewiesen, daß auch auf die religiösen Gesetze der 40 Millionen Protestanten in Deutschland Rücksicht genommen werden muß. Dazu kommen noch andere Dinge, die nicht geeignet sind, die Verhältnisse der Evangelischen zu verschärfen, die verschiedenen Konflikte der letzten Zeit, die Vorwände-Engländer und die über die Gewerkschaften. Wenn dagegen Bedenken auftauchen, daß Jesuiten über wissenschaftliche Fragen in den Kirchen Vorzüge bieten, so liegt doch der Verdacht nahe, daß leicht auch religiöse Fragen zu behandelt werden. Wir hoffen, daß der gesamte politische Sinn des Zentrums es verhindern, die angebotenen Konsequenzen zu ziehen, und daß der nationale Gedanke die Oberhand behält. Betrachten wir nun den Etat, dann finden wir, daß er von dem vorigen nicht allzuweit abweicht. Identisch ist immer noch der niedrige Standpunkt unserer Staatsanleihen. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß mit Ausnahme von Italien die Staatspapiere aller modernen Kulturstaaten in den letzten Jahren fast gesunken sind. Wenn der Staatssekretär fortführt, die Reichsanleihen so zu stellen, daß keine neuen Schulden gemacht werden, dann wird sich auch der Reichscredit wieder heben; wenn er aber gelagert hat, es dürfen unter keinen Umständen Ausgaben ohne vorherige Deckung gemacht werden, so meine ich doch, daß es sehr schätzenswert ist, wenn man diesen Grundsatze nicht so ohne weiteres durchzuführen kann. Wir sehen wieder, daß eine Reihe von Einnahmen fertig vorliegt in den Etat einstellt sind. Wir können danach ruhig a. A. Ausgaben für die Landesverteidigung bewilligen, ohne daß die Deckung offensichtlich vorhanden ist. Auch möchte ich nicht denen Recht geben, die eine Zurückhaltung deutschen Geldes vom ausländischen Kapitalmarkt empfehlen. Die Erfahrungen, die ich selbst auf meiner Studienreise gemacht habe, führen den Nachweis, wie gewaltig die deutschen Interessen in den Ländern wachsen und wie groß der deutsche Einfluß ist dadurch, daß deutsches Kapital und deutsche Arbeitskraft dort in hervorragendem Maße tätig sind. Die Wiederentdeckung der Schmarzengasse wird von uns aus höchstheile unterstellt werden. Die Erhöhung der Verleihenbesätze muß freudig begrüßt werden. Die Kolonien werden sich in einer gebundenen Entwicklung. An Klaustrich sollten wir für Langtat lieber etwas reichere Zuschüsse bewilligen. Ich habe diese Kolonie mit eigenen Augen gesehen und einen unvorstelligen Eindruck davon bekommen, wir können auf das dort Geschaffene stolz sein. Der Abg. Frank hat nicht Unrecht gesagt, wenn er davon sprach, daß über Verwaltung und Rechtsprechung gegenüber dem Arbeiter das Selbstempfinden verlernt wird. Wenn längere Frauen ins Gefängnis geworfen werden, das ist sehr bedauerlich, das ist sehr Unrecht, das ist ein Zeichen der Unfähigkeit. Von einer verfassungsmäßigen Veranlassung und Rechtsprechung wird hier der Wandel zum Besseren erwartet werden müssen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt



zen, die sich an dieser Vorgabe angeschlossen haben werden. Der Senat hat gestern feierlich erklärt: Wir werden unser Verhalten dementsprechend einrichten. Wir haben gestern bereits ein Resolviert. Als der Abg. Franke erklärte, seine Rede würden sich auf die Aufhebung des Juliengesetzes beziehen, öffnete Herr Spahn wie die Arme und rief: Keine Urteil, Franke, Dir ist alles verziehen. (Große Heiterkeit.) Es ist ein Treppennuß der parlamentarischen Geschichte, daß sich das Zentrum zum Etat nicht ausgelassen hat, nachdem noch bis in die letzte Tage hinein der vorgelegte Etat aus den Reihen des Zentrums über den grünen Aste gelobt worden ist. Dafür hat Graf Helldorf von den Konservativen ein billiges Wort gesprochen. Im Grunde genommen hat man 1900 zu viel neuem Steuern bewilligt. Wir haben schon damals gesagt, 500 Millionen neuer Steuern würden nicht erforderlich sein. (Große, fortgesetzte Heiterkeit und im Zentrum.) Der Schatzminister sollte überhaupt beiseite gelassen werden. Den Ausführungen über die Antisepitizität der Regierung kann ich nur zustimmen. Die Frage nach Aufhebung des Kurzes der Staatspapiere ist schwierig. Die Banken und Banken sollen sich auf diesem Gebiet, wie dem der finanziellen Kriegsbereitschaft nicht gewachsen gezeigt haben. Solche Vorwürfe sind unbegründet. Dann müßte man sie auch der Reichsbank und der preussischen Reichsbank machen. Die Banken waren sogar bereit, ihre Mittel in den Dienst der Politik zu stellen. Ich erinnere nur an die ungarische Antisepitizität. Diese Antisepitizität macht sich auch in der Entlohnung der Reichspolizei und im neuen Etat in einem bedauerlichen Maße bemerkbar. Dieser Reichstag wird auch bei den neuen Handelsverträgen mitwirken haben. Vielleicht kommt Ihnen bald eine handelspolitische Vorlage. In Amerika ist eine andere politische Richtung ausbrud gekommen. Der neue Präsident will einzelne Artikel des Verfassens ändern. Hier ist Gelegenheit gegeben, die neuartigen Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten auf eine höhere Grundlage zu stellen. Will der wirtschaftliche Entwurf der deutschen Kolonien gegen sich selber nur langsam vorwärts, der neue Etat jetzt sogar einige nicht erfreuliche Rückschlüsse, wie ich gegenüber dem Vordereher feststelle. Den Ausbau der Kolonialbahnen sind wir bereit zu unterstützen, wenn die Mittel dafür in den Kolonien selbst aufgebracht werden; wir hoffen, daß auch der neue Staatssekretär Dr. Wolf sich in dieser Beziehung auf die Dornbürgischen Grundgedanken einrichten wird. Der Selbstland der deutschen Flotte wird demnach erreicht sein; ich bin gekommen darüber hinaus weitere Forderungen. So sind 5 Millionen einseitig als erste Rate für den Ausbau der Kaiserlichen Flotte und diese neuen Forderungen wirklich dringlich? Die gestern angekündigte Vorlage zur Aufhebung des Reichs der Seereserverhaltung werden wir unvoreingenommen prüfen. Neben der technischen Verbesserung der Struktur unseres Heeres fordern wir auch die innere Verbesserung, wir verlangen den Befehl aller Verantwortung bei der Führung der Offiziere, wie sie auch heute noch vorhanden. Unser Heer soll das ganze Volk in Waffen sein. Politisch muß in das Heer hineingetragen werden, auch nicht in die Arbeitervereine. (Beifall Zustimmung links.) Die Schlußfassen der von politischen Bestimmung der Seereserverhaltung müssen endlich aufhören. Eine neue Bestimmung muß wir auch in Zukunft unterscheiden, wenn auch nicht alles annehmen. Das Anstellungsverordnungsrecht läßt in seiner Ausübung recht viel zu wünschen übrig; die Verwaltungsvorgänge haben sich in dieser Beziehung ganz wunderbare Einmischungen und Übergriffe zu schulden kommen lassen. Die Reichsgerichtsverhältnisse der Arbeiter müssen endlich auf modernen Anforderungen entsprechend reformiert werden. Der Abg. Franke hat gestern das Lob der Gesetzgebungen gelungen und ihnen den Aufschwung der deutschen Industrie ausgesprochen. Ich meine, daß der Klassenkampf, nicht die sozialdemokratischen Ausschüsse zu führen pflegen, nicht fürderlich für unsere wirtschaftliche Entwicklung, für den sozialen Frieden. Ich wünsche, daß der Reichsverband liberaler Arbeiter, der sich vor kurzem gebildet hat, und der nicht auf dem Boden des Klassenkampfes steht, sich gedeihlich entwickeln möge. Das Wort, das Schorlam Trumpp ist, lassen wir nicht gelten, wir wollen, daß die bürgerliche Freiheit Trumpp sein soll. Die Frage des preussischen Wahlrechts ist auch für die Zukunft eine der wichtigsten Aufgaben. Für unsere Fassung wird es von wesentlicher Bedeutung sein, ob der Reichstag als preussischer Ministerpräsident das Wort der Ehrenrede zur Wahlrecht macht, daß die Entscheidung nicht stillstehen kann. (Beifall links.)

Abg. Dr. Arenst (Npt.): Wir wollen und wünschen den konfessionellen Frieden. Wir halten keinen Augenblick für ungeeigneter als den gegenwärtigen, die konfessionellen Gegensätze zu verdrängen. Wir billigen die Erklärung des Reichstages und stimmen seinen Ausführungen durchaus zu. Was den Etat anbetrifft, so ist er mit großer Solidität aufgestellt. Die Konsequenzen, die der Verstaatlichung der Eisenbahnen, möchte ich mir jedoch nicht annehmen. Die Ablehnung der Reichsverschuldungsbekämpfung durch wir. Aber es wäre doch ein noch größerer Fehler gewesen, das Reich in der Zeit zu lassen. Dann hätten wir sicher den wirtschaftlichen Aufschwung nicht bekommen, wenn die Lichtpunktverpflichtung abgelehnt hätte. Gegenüber dem schlechten Stande unserer Staatspapiere möchte ich zu erwägen geben, ob man diesem nicht durch die Ausgabe von kurzfristigen, verzinslichen Schatzanweisungen steuern kann, oder ob man nicht die Bestimmung aufheben soll, die die Staats- und Reichspapiere von der Vorkaufsteuer frei läßt. Dadurch würde man Summen frei bekommen, die es vielleicht ermöglichen, die Schatzsteuer aufzuheben, deren Träger zum großen Teil der Mittelstand ist. Der Herr Staatssekretär will die Überwindung weiter einschränken. Aber gerade im letzten Bereiche herrscht Mangel an Silbergeld. Eine Verdrängung von Silbergeld würde auch der Schuldenzinsung zugute kommen. Für die Zuckersteuer sind diesmal 157 Millionen Mark eingestrichen worden. Es wurde uns feierlich die Versicherung gegeben, daß, wenn mehr als 100 Millionen herauskommen sollten, eine Ermäßigung der Zuckersteuer eintreten würde. Bei der jetzigen Krise ist es vielleicht erwägenswert, die letzte Steuerabgabe schneller auszuführen. Sollte die Regierung dieses wollen, dann würden meine Freunde bereit sein, die erforderlichen Opfer zu bringen. Hoffentlich wird es auch bald gelingen, das Ziel zu erreichen, daß für die Mittelstandsklassen unter den Kriegsteilnehmern die Zulage von 100 Mark erreicht wird. Ich bin bereit, die Zulage für die erforderlichen 8 oder mehr Millionen zu bewilligen. Ohne Eisenbahnen wäre eine entsprechende Kolonialpolitik nicht möglich gewesen. Umsonst muß ich bei dem neuen Kolonialetat den Mangel neuer Bahnlinsen tabeln. Der Erlas „Hohenzollern“ wird feststehend Gegenstand erster Prüfung sein; jedenfalls muß ein solches Schiff so beschaffen sein, daß es auf allen Meeren fahren kann. Die „Hohenzollern“ ist aber für viele Meilen nicht festlich. Die nachdenklichen Mittelmaßnahmen sind am Umsatzeffekt für Grundbesitzer eine Folge der Zuwachssteuer. Die Reichspolizei hat sich gebunden gehalten, auch für diese Steuer zu stimmen, erkennt aber die schweren Bedenken, welche sich bei der Handhabung dieses Gesetzes geltend machen. Das gesetzliche Verbot der Kolonial- und Zöllextrakt hat sich in einem Koalitionswort auszuarten, wie ihn der sozialdemokratische Zentor will. In weiten Kreisen

der Arbeiter hält man die Sozialdemokratie bereits für eine derartige Einrichtung und sieht in den nationalen Arbeitervereinen die richtige Vertretung. Wir müssen uns gegen den Abfallismus, wollen wir nicht Rückschlüsse überkreuzt erleben, zu energischer Arbeit ansetzen.

Abg. Seha (Npt.): Die Entlohnungssaktion der preussischen Regierung hat die Bedürfnisse in den politischen Landestellen so angegriffen, daß wir durch eine Interpellation dem Reichstag Gelegenheit geben müßten, sich über diese gegen alle Moral größtenteils verstoßende preussische Politik zu äußern. (Vizepräsident Tose rief die Sitzung zu beenden, die Debatte des Reichstages zu schließen.) Trotzdem der Reichstag erst vor wenigen Monaten die sogenannte Chimärenfrage abgelehnt hat, hat die Reichsregierung sein Verhalten getragene, diesen Fonds wieder in den Etat einzustellen. Wir teilen den Standpunkt, welchen das Zentrum gestern in der Frage des Juliengesetzes vertreten hat. Auch wir verurteilen auf das entschiedene den jüngsten Erlas des Bundesrats, welcher die noch bestehenden Bestimmungen des Juliengesetzes in einer nicht zu rechtfertigenden Weise verhängt und so den konfessionellen Frieden schwer schädigt.

Abg. Alpers (Npt.): Ich spreche für die vollständigen Darlegungen für die Bildung einer mittelständigen Kolonialunion aus. Die Vereinigung der Deutschen Reichs mit dem Donauraum sei ein ungenügendes Bedürfnis geworden. In die mediterraneuropäische Verfassung einzugreifen oder auch für die Verschmelzung Braunschweigs und Oldenburgs mit Preußen einzutreten, haben wir als Anhänger des liberalen Gedankens keinen Anlaß. Wir sind keine Parteilichkeiten; unsere vaterländische Gesinnung unterliegt keinem Zweifel. Wir setzen in dem Vorkaufsteuer eine überflüssige Gestalt. Wir glauben uns aber als freie Männer ihm zu unbegrenzter Treue verpflichtet. Daneben halten wir unsern geliebten deutschen Vaterland die Treue (Beifall bei den Deutschen).

Abg. Venzl (Npt.): Spahn hat eine echte, rechte Feindesrede gehalten. Das ist um so charakteristischer in dem Augenblick, wo die Opposition in fasthollischen Arbeiterkreisen aufsteht. Man will durch Erwerbung der konfessionellen Ziele die Arbeiterbewegung ablenken von dem Koalitionsgedanken und den Zerstörungsvorhaben. Es ist nicht national, den Klassenkampf, wie es der Reichstagler und die rechtsstehenden Parteien tun, zu bekämpfen. Unter dem Schutzpol haben die arbeitenden Klassen besonders schwer zu leiden, jedoch er als Raubpol erscheint.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr pünktlich: Kurze Anfragen; Vorlesung der Debatte.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung am 5. Dezember 1912.

Im Regierungsamt: Herr v. Schorlemer.
Präsident Dr. Graf v. Schwerin-König eröffnete die Sitzung um 11 1/2 Uhr.
Auf der Tagesordnung stand die dritte Beratung des Entwurfs eines Wassergesetzes. Es lagen zahlreiche Anträge auf Abänderung der Beschlüsse der zweiten Lesung vor, darunter der in der zweiten Lesung abgelehnte Antrag der Konservativen über die Behördenorganisation, wonach statt des Bezirksausschusses und des Landesamtsrats drei Instanzen: Bezirksausschuss, Stromausschuss und Oberverwaltungsgericht vorgesehen werden sollen. Eine Reihe von Anträgen will das Verzeichnis der Wasserläufe erster Ordnung ändern.

Auf Vorschlag des Abg. v. Brandenstein (Kon.) wurden diese letzteren Anträge sofort der dafür eingesetzten Subkommission überwiesen.

In der Generaldiskussion bemerkte
Abg. v. Kreis (Kon.): Ich kann heute nach dem Abschluß der mühseligen Arbeit der Kommission und der zweiten Lesung den Ausdruck unserer Verdringung über das Erreichte nicht zurückhalten. Die Kommissionsarbeit selbst war getragen von dem freundschaftlichen, lebensfrohen Zusammenwirken sämtlicher Mitglieder. Parteipolitische Rücksichten und Nebenbetrachtungen haben keine Rolle gespielt. So ist denn etwas geschaffen worden, das den Einbruch der Verdringung auch bei denjenigen ausfüllen muß, die, wie meine politischen Freunde, den einen oder anderen Wunsch unerfüllt sehen. Sehr erhebliche Bedenken haben meine politischen Freunde gegen die Behördenorganisation, aber diese Bedenken sind nicht so hart, daß sie auf einen meiner politischen Freunde zu einer willigen Abänderung des Gesetzentwurfs führen können. (Beifall bei der Linken.)

Abg. Dr. v. Wogna (Freisinnl.): Wir sind wohl mit allen grundsätzlichen Bestimmungen des Gesetzes einverstanden und zu Frieden. An erster Stelle möchte ich an die Regierung die Bitte richten, bei der Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen leicht zu handhabenden Vorschriften zu erlassen, den Behörden jede billige Maßnahme auf bestehende Verhältnisse und Vers zu legen. (Zustimmung rechts.)

Abg. Dr. Wöhring (Npt.): Wir müssen uns freuen, daß ein Werk zustande gekommen ist, das allen Interessen freien gerecht wird. Besonders erfreulich ist es, daß es gelungen ist, den Wasserzins zu befestigen. Wasser ist kein Steuerobjekt. Daran werden wir unter allen Umständen festhalten, ebenso wie an dem Grundsatze der zwei Instanzen.

Abg. Vippmann (Npt.): Das dieses Gesetz in so kurzer Zeit beraten konnte, das ist in erster Reihe ein Verdienst der Staatsregierung. Tatsächlich muß man dem Entwurf der Staatsregierung und den darin niedergelegten Anschauungen einen hohen Wert zusprechen. Das ganze Gesetz wird aber keinen Erfolg haben, wenn nicht auch die anderen Bundesstaaten ähnliche Bestimmungen einführen. Meine politischen Freunde bebauern, daß die Wasserläufe des Staates und nicht Gemeingut werden. Hier wird der Fiskalismus Gelegenheit haben, sich zu recht auszuleben.

Abg. Witta (Npt.): Die Gesetzgebung hat sowohl auf die Interessen der Industrie wie auf die Interessen der Landwirtschaft Bezug genommen, und ich kann sagen, daß durch das Gesetz ein befriedigender Ausgleich geschaffen worden ist. Landwirte sind dankbar. Herr v. Schorlemer: Anerkennung, welche dem gewandtesten Vortragenden Gelegenheit auch dem die Ergebnisse der zweiten Lesung von allen Seiten des Hauses zum Ausdruck gebracht werden ist, kann auch die Regierung mit Genugtuung erfüllen. In der zweiten Lesung ist ein Entwurf zustande gekommen, der trotz mancher Änderungen, und ich kann ohne weiteres sagen, der Verbesserungen, doch in Wirklichkeit an den Grundgedanken des Gesetzes keine grundsätzliche Änderung vorgenommen hat. Ich brauche gegenwärtig nicht mehr auf einzelne von den Vordereher berührte Punkte einzugehen, nur eine Angelegenheit möchte ich nicht unberührt lassen. Ein Teil der Wasserläufe gehört allerdings nicht ausschließlich in den preussischen Besitz, teilweise sind die Rechte anderer Bundesstaaten, die nicht die gleichen und auch vielleicht nicht die strengen Bestimmungen haben wie dieser Gesetzentwurf. Die preussische Landwirtschaftliche Verwaltung wird in Übereinstimmung mit dem überlieferten Willen unter allen Umständen dafür

Sorge tragen, daß entweder im Wege der gesetzlichen Bestimmungen oder durch sonstige Vereinbarungen mit den übrigen Bundesstaaten eine weitere Bereinigung unserer Wasserläufe durchgeführt werde. (Beifall.)

Abg. Dr. Völkner (Kon.): Wir werden nicht viel Gutes von dem Wasserengesetz erwarten haben, da das „öffentliche Interesse“ bei der Zusammenlegung der Genossenschaften nicht berücksichtigt ist. Die jetzigen Wasserläufe haben sich nicht auf Grund des bestehenden Rechts herausgebildet, sondern contra legem, weil die Behörden nicht ihre Pflicht und Schuldigkeit im öffentlichen Interesse getan haben. Wir müssen deshalb dafür sorgen, daß sie es in Zukunft tun.

Dem ist jedoch die Generaldiskussion.
Es folgte die Einzeldebatte.
Die §§ 1 bis 19 (Schiff und Arten der Wasserläufe; Eigentumsverhältnisse) wurden nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen. Nur zu § 1 wurde ein konservativer Antrag angenommen, daß Fischerei nicht als Wasserläufe betrachtet werden sollen.

Die §§ 20 bis 24 (Benennung der Wasserläufe) wurden mit geringfügigen Änderungen angenommen, ebenso die §§ 25 bis 30 (Bestimmungen über den Gemeingebrauch).

Unverändert angenommen wurden die §§ 40 bis 45 (Benennung der Wasserläufe durch den Eigentümer).

Die §§ 46 bis 51 enthalten Bestimmungen über die Verteilung. Die §§ 46 bis 70 wurden unverändert angenommen.

Zu § 71 wurde der konservativ Antrag, betreffend die Herstellung von drei Instanzen statt zwei, nach den Beschlüssen der zweiten Lesung, abgelehnt.

In § 70 und § 80, betreffend Zurücklegung der Verteilung, wurde ein Antrag angenommen, wonach berulige, der durch Zurücklegung eine Verteilung herbeigeführt hat, in vollem Umfang ersatzpflichtig gemacht werden kann.

Am Schluß wurde der Titel unverändert angenommen.

Die §§ 89 bis 100 (Steuern) wurden unverändert angenommen, die §§ 107 bis 139 (Unterhaltung der Wasserläufe) mit einer unwesentlichen Änderung.

Die weiteren Titel des ersten Abschnitts: Ausbau der natürlichen Wasserläufe erster und zweiter Ordnung und ihrer Ufer; Wasserbüchse, wurden ebenfalls ohne Änderung angenommen.

Der zweite Abschnitt: Bewässerung, die nicht zu den Wasserläufen gehören (§§ 176-183) wurde mit geringfügigen Änderungen angenommen, ebenso der dritte Abschnitt: Wasserengpässe (§§ 184-200).

Der vierte Abschnitt (§§ 201-206) behandelt die Verhütung von Hochwassergefahr.

Nach Annahme des § 201 verlagte das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr. Außerdem Fortsetzung der Besprechung der Interpellation betreffend die Berliner Feuerwehre. Kleinere Vorlagen, Anträge.

Schluß gegen 5 Uhr.

Deutsches Reich.

* Der Kaiser begab sich gestern nach der Frühstundstafel vom Wildpark-Bahnhof zu aweieltägigem Aufenthalt nach Bielefeld, um dem dortigen Hofe einen Besuch abzustatten. Die Rückfahrt erfolgt Sonnabend früh. Der kaiserliche Sonderzug traf pünktlich 6 Uhr 50 Min. nachmittags in Bielefeld ein. Der Kaiser wurde vom Fürsten und den Prinzen Adolf und Hermann empfangen. Nach Vorstellung der beiderseitigen Geleitsführer der Kaiser, der Jagduniform trug, und der Fürst in der Uniform des Bielefelder Jägerbataillons in einem offenen, vierpässigen La Daumont gefahrenen Wagen nach dem Schloß, von der Menge lebhaft begrüßt. Am Portal des Schloßes wurde der Kaiser von der Prinzessin Adolf zu Schaumburg-Lippe begrüßt. Im Schloßhofe hatte eine Ehrenkompanie des Jägerbataillons Aufstellung genommen. Um 7 1/2 Uhr fand Tafel im Schloßhofe statt.

* Das Kronprinzenpaar ist gestern, von Oels kommend, auf dem Schloßlichen Bahnhofe in Berlin eingetroffen und begab sich dann im Automobil nach seinem Palais Unter den Linden. Das Kronprinzenpaar bleibt bis heute abends in Berlin, um Einfäufe zu besorgen, und tritt abends mit dem fahrplanmäßigen D-Zuge die Mittelreise nach Danzig an.

Der Bundesrat hat in seiner gestrigen Sitzung den ausständigen Ausschüssen überliefert den Entwurf einer dem Reichstag am 19. Dezember 1912 zu fassenden Beschlusses über die Berechnung des Kapitalwerts der nach Maßgabe der Paragraphen 616, 617 der Reichsversicherungsordnung gewährten Abfindung für Unfallrenten und den Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Uebergangsbestimmungen zur Reichsversicherungsordnung. Den Antrag betreffend Festsetzung des Gesamtkontingents der Brennererz für das Betriebsjahr 1912/13 wurde die Zustimmung erteilt.

* Anfragen im Reichstage sind gestellt worden drei über Marocco und eine wegen des Vordringens des amerikanischen Tabaktrustes in Deutschland.

* Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat den Antrag eingebracht, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, ein Submissionsamt zu errichten zum Zweck erschwerter Förderung der Handelsvertragsverhandlungen und freien handelsrechtlichen Verkehrsverhältnisse behufs gemeinsamer Übernahme von Arbeiten an staatlichen und kommunalen Bauten und Sicherungen. Der Antrag ist von sämtlichen Mitgliedern der Fraktion ungenutzt, er ist angesetzt vom Abg. Sommer.

* Der Hanjabsund will zum Regierungsjubiläum des Kaisers ein Werk über Industrie, Handel und Gewerbe im Deutschen Reich herausgeben.

Ausland.

Der französische Ministerpräsident über die Lage.

Ministerpräsident Poincaré erklärte in der Kammerkommission für die auswärtigen Angelegenheiten, er sei gehalten, sich eine gewisse Zurückhaltung anzuverleihen, wenn die Propaganda der Ereignisse, die sich bezüglich mehrerer sehr schnell geändert hat, sei weit von einer billigen Festlegung entfernt, und die zwischen den Mächten gepflogenen Unterhandlungen könnten nicht ohne vorheriges Abkommen bekannt gegeben werden. Er sei also nicht mit Bezug auf die Politik der französischen Regierung fest, vollständige Aufklärungen zu geben, und wenn er auch sie nicht ohne Inanspruchnahme befürchten zu müssen, daß sich nicht rufen könnte, so könne er sie wenigstens in ihren Grundzügen klar charakterisieren. In der Kammer gab der Minister eine Darstellung der kriegerischen Ereignisse auf dem Balkan und schloß: Er glaube, Griechenland werde nicht gegen sich angereizt werden; er hoffe, die Verbündeten würden sich die maßgebende Stellung in der Welt in Europa erwerben können, durch die unangenehmen Umständen nicht geschädigt werden; er wünsche, daß die Türkei in einem erquicklichen Frieden bald

